



Bericht über die "SCANDINAVIA AND THE NORTH SEA CONFERENCE"

Oslo - 29./30. April 1974

Organisiert von Financial Times, London
Petrol Times, London
The Norwegian Journal of Commerce and
Shipping, Oslo
Berlingske Tidende, Kopenhagen

Nach offiziellen Angaben waren rund 450 Personen anwesend. Wie aus der Teilnehmerliste, die übrigens nicht vollständig ist, hervorgeht, hatten Firmen in 14 verschiedenen Ländern - wie zu erwarten war, vor allem solche in Skandinavien und Grossbritannien - Delegierte entsandt. Aus der Schweiz waren nur zwei Herren anwesend; bei beiden handelte es sich um Mitarbeiter ausländischer Gesellschaften. Die Organisatoren waren darauf bedacht gewesen, den Themenkreis reichhaltig zu gestalten und hatten alles darangesetzt, bei den Teilnehmern einen guten Eindruck zu hinterlassen. Dies ist ihnen vollauf gelungen.

Zu den Grundsatzfragen wurde jedenfalls von seiten der Regierungssprecher nichts erwähnt, was nicht schon aus anderen Quellen zu erfahren gewesen wäre. Die Ausführungen der betreffenden Redner waren aber eine Bestätigung dafür, dass die Absicht besteht, den eingeschlagenen Kurs weitgehend einzuhalten. Dies trifft vor allem auf Norwegen zu.

./.

Die bestehende Situation in den in Frage kommenden Ländern lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Norwegische Gewässer

Norwegen erzeugt genügend Elektrizität und ist somit nicht auf eine intensive Nutzung seiner Erdgasvorkommen angewiesen. Die Bemühungen der Regierung gehen in erster Linie dahin, das Land so bald als möglich von der Einfuhr von Erdöl unabhängig zu machen, was nach den vorliegenden Schätzungen im Verlauf des nächsten Jahres erreicht werden dürfte. Die Regierung ist aber entschlossen, sobald dieses Ziel erreicht ist, die Erweiterung der Ausbeutung nur noch in mässigem Tempo voranzutreiben und neue Fördergebiete, insbesondere nördlich des 62° N Breitengrades, nur nach Bedarf zu erschliessen. Dafür sprechen vor allem folgende Gründe:

- 1.) Eine massive ^{Ausfuhr} Einfuhr von Rohprodukten würde sich auf ein Land mit nur 4 Mio Einwohnern dermassen inflationistisch auswirken, dass zwingendermassen katastrophale Folgen entstünden.
- 2.) Norwegen ist bereits stark industrialisiert, und es besteht Mangel an Arbeitskräften. Ein namhafter Zuzug von Fremdarbeitern wird nicht zuletzt auch aus sozialen Gründen als unerwünscht erachtet.
- 3.) Reserven an Hydrokarbonaten sollen für künftige Generationen erhalten werden.
- 4.) Es stellen sich auch Probleme des Umweltschutzes u.a. auch weil die Erdölförderung dem für Norwegen so wichtigen Fischfang abträglich ist.

Die Regierung will, dass das norwegische Volk am finanziellen Erlös, der sich aus der Ausbeutung der Oel- und Gasvorkommen ergibt, massgebend teilhaftig wird. Die Besteuerung auf den geförderten Rohstoffen ist denn auch entsprechend hoch. Andererseits soll auch die Tätigkeit des staatlichen Oelunternehmens weiter ausgebaut werden, sei es, dass dieses in eigener Regie Vorkommen ausbeutet, sei es, dass den privaten Gesellschaften die Beteiligung der Statoil aufgezwungen wird (eine 50 %ige und eventuell sogar höhere Beteiligung soll in Zukunft die Regel werden). Damit sollen nicht nur die wirtschaftlichen Interessen Norwegens gewahrt werden; diese Massnahme bezweckt ebenso sehr, die Kontrolle über die Fördertätigkeit zu wahren und die Möglichkeit beizubehalten, jederzeit die Menge der zu fördernden oder auszuführenden Rohprodukte regulieren zu können. Aus Fragen, die an der Konferenz gestellt wurden und aus Gesprächen hinter der Kulisse, ergab sich eindeutig, dass die privaten Erdölgesellschaften die bestehende Regelung unbefriedigend finden. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass durch Herabsetzung ihrer Gewinne, diesen Unternehmen die Mittel entzogen werden, die sie für Prospektierung benötigen und die gewaltige Summen ausmachen. Wie die Presse erwähnt, hat sich die Norwegische Vereinigung der Schiffseigentümer gegen die Haltung der Regierung gegenüber den internationalen Erdölgesellschaften ausgesprochen. Die Sozialisierungsbestrebungen der Regierung werden aber auch von anderen Kreisen stark kritisiert. Insbesondere einer der Redner hob zudem die Schwierigkeiten hervor, auf dem Kapitalmarkt Darlehen zu annehmbaren Bedingungen zu finden, wenn die Aussichten auf interessante Renditen allzu sehr geschmälert würden. Norwegen ist zweifellos weiterhin

auf das Know how, die Finanzkraft und die technischen Einrichtungen der privaten Erdölgesellschaften angewiesen. Nachdem es ihm aber gelungen ist, die Arbeiten soweit voranzutreiben, dass die gewünschte Nutzung der Vorkommen und damit auch ein entsprechender finanzieller Ertrag in Aussicht steht, ist es wenig wahrscheinlich, dass Norwegen in bezug auf die Beschaffung der in Zukunft erdorderlichen Mittel auf allzugrosse Schwierigkeiten stossen wird.

Die Bestrebungen der Regierung zielen ferner dahin, die petrochemische Industrie des Landes zu fördern, damit ein ansehnlicher Teil der geförderten Hydrokarbonate im Lande selber zu Fertigprodukten verarbeitet werden kann.

Die von der norwegischen Regierung befolgte Politik ist zwar vom Parlament noch nicht gutgeheissen worden (das Storting hat zu den Berichten Nummer 25, 30 und 71 noch nicht Stellung genommen). Die Gründe für die Einhaltung der in bezug auf die Nutzung der Vorkommen gewählten Vorgehens erscheinen aber derart zwingend, dass es den Gegnern schwerfallen dürfte, die Regierung dazu zu bringen, ihre Haltung in dieser Frage grundlegend zu ändern. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass ein nicht unbedeutender Druck besteht, das Volk am anfallenden Reichtum in der Form zu beteiligen, dass die Steuern und Sozialabgaben gesenkt werden. Sollte sich die Regierung gezwungen sehen, diesem Verlangen nachzugeben, so wäre es wahrscheinlich, dass grössere Mengen an Erdgas und Oel als vorgesehen, ausgeführt würden, damit dem Staat die erforderlichen finanziellen Mittel erhalten bleiben.

So wie die Dinge zurzeit liegen, wäre es indessen utopisch zu erwarten, dass Norwegen in den nächsten Jahren, die Stelle des hauptsächlichsten Erdöllieferanten Europas einnehmen wird. Immerhin dürfte bis in wenigen Jahren sein Beitrag an die Energieversorgung nicht unerheblich sein (nach vorliegenden Schätzungen wären Produktion und Ausfuhr ab 1980 ebenso bedeutend, wenn nicht grösser, als diejenige Algeriens im Jahr 1972). Als Erdgasexporteur wird dieses Land eine recht beträchtliche Rolle spielen, sobald die Rohrleitungen nach Teeside und Emden fertig erstellt sind.

Die Europäischen Gemeinschaften wurden von den Rednern kaum erwähnt. Eine Vorzugsregelung für die EG und EFTA-Länder scheint somit nicht vorgesehen zu sein. Hingegen soll die Absicht bestehen, den Mitgliedstaaten des Nordischen Rats gewisse Vergünstigungen einzuräumen.

Britische Gewässer

Die Labour Regierung befasst sich offenbar intensiv mit dem Studium der Gegebenheiten auf dem Erdölsektor und arbeitet an einem Bericht, der vielleicht bis Oktober dieses Jahres soweit gediehen sein wird, dass er dem Parlament vorgelegt werden kann. Auch sie strebt eine Regelung an, die dem Staat erhöhte Einnahmen und mehr Einfluss auf die Tätigkeit der Erdölgesellschaften einräumen würde. Die Ausgangslage Grossbritanniens ist aber von derjenigen Norwegens sehr verschieden.

Grossbritannien steht vor grossen ökonomischen Problemen, leidet an akuter Energiemangel und hat eine beträchtliche Zahl von Arbeitslosen. Auch muss dieses Land aussenpolitische sowie strategische Faktoren berücksichtigen. Die Sorge wegen einer eventuellen Inflation, die sich aus der Ausbeutung seiner Vorkommen ergeben könnte, tritt daher gänzlich in den Hintergrund, ganz abgesehen davon, dass in Anbetracht der weit grösseren Bevölkerungszahl die Auswirkungen der Einnahmen aus den Rohstoffvorkommen geringer sein dürften, als dies in Norwegen bei voller Nutzung seiner Quellen der Fall wäre. Dazu kommt, dass Grossbritannien bestenfalls im Jahr 1980 in der Lage sein wird, seinen Eigenbedarf an Energiespendern zu decken. Dieses Land wird somit alles daransetzen, bald den grösstmöglichen Nutzen aus seinen Erdöl- und Gasvorkommen zu ziehen. Dies bedingt einen gewaltigen Einsatz und lässt vorderhand noch wenig Raum für die Sorge um die Erhaltung von Reserven. Die britische Regierung muss den sich aus diesen Leistungen ergebenden finanziellen Erfordernissen Rechnung tragen. Im übrigen verfügt sie nicht über einen der Statoil ähnlichen staatlichen Apparat, der als selbständiges Förderunternehmen auftreten könnte. (Die 51 %ige Beteiligung des Staates an der British Petroleum ist anscheinend nicht mit einer entsprechenden Einflussmöglichkeit der Verwaltung verbunden). Dazu kommt, dass sie als Minderheitsregierung nicht auf die Unterstützung des Parlaments zählen kann. Die Stellung der britischen Regierung gegenüber den Erdölgesellschaften ist daher bedeutend schwächer als diejenige der norwegischen Regierung.

Dessen ungeachtet will die Labour Regierung offenbar versuchen, Bedingungen einzuführen, die seitens der Erdölgesellschaften grössere Abgaben erfordern und dem Staat vermehrte Kompetenzen einräumen würden. Dabei sollen jedoch auch die Interessen der Vertragspartner berücksichtigt werden. Dem Begehren der schottischen Bevölkerung, insbesondere der Nationalisten, welche den nördlichen Teil der Nordsee als schottisches Gebiet betrachten und deshalb verlangen, dass die dort gemachten Funde Schottland zugute kommen, soll in angemessenem Rahmen Rechnung getragen werden, insbesondere durch die Installation von Anlagen in der betreffenden Landesgegend. Das gleiche soll übrigens auf den Shetland Inseln geschehen.

Da Grossbritannien noch mehrere Jahre benötigen^t wird, um seinen Eigenbedarf zu decken, werden von dort in nächster Zeit keine namhaften Lieferungen an Erdöl oder -gas zu erwarten sein.

Südliche Nordsee

Die im dänischen und dem westdeutschen Teil der Nordsee gelegenen Gebiete sind noch nicht vollständig erforscht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dort weitere Funde gemacht werden. Mit zunehmendem technischen Fortschritt wird in grösseren Tiefen, als dies bis jetzt der Fall ist, gebohrt werden können. Der Mangel an Bohrplattformen und die langen Lieferfristen verzögern die Arbeit.

Grönlands Gewässer

Die petrographische Beschaffenheit der der Ostküste Grönlands vorgelagerten Küste lässt vermuten, dass in den in Frage kommenden Schichten Hydrokarbonate vorhanden sein könnten. Die betreffenden Gewässer sind aber jeder Tätigkeit auf See derart abhold, dass die Technik erhebliche Fortschritte machen müssen, bevor an Erkundigungsbohrungen oder gar an eine rentable Förderung der allfälligen Vorkommen gedacht werden kann. Jedenfalls werden bis dahin noch etliche Jahre verstreichen.

Spitzbergen

Anscheinend war vorgesehen, an der Konferenz auch einem Sprecher aus Svalbard das Wort zu erteilen. Die diesbezüglichen Bemühungen sollen gescheitert sein. Es ist aber bekannt, dass auf Spitzbergen eine rege Prospektierungstätigkeit im Gange ist. Anscheinend werden dort vorderhand die Erkundungen nur an Land betrieben. Die Aussichten, auf Oel zu stossen, sollen gut sein. Ob auch Bohrungen in den umliegenden Gewässern vorgesehen sind, war nicht zu erfahren.

Zusammenfassend ist zu bemerken, dass die Nordsee in der Versorgung Europas mit Energieträgern zwar bald eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen wird und unter Umständen nach Beginn der 80er Jahre sogar einen ansehnlichen Teil des Bedarfs decken wird, dass aber aller Voraussicht nach die Lieferungen aus der arabischen Welt noch für lange Zeit unentbehrlich sein werden. Dazu kommt, dass die Förderkosten in den nordischen Gewässern sehr hoch sind. Die arabischen Länder, deren Bohrungen weniger Aufwand erfordern

dürften somit noch für lange Zeit die Möglichkeit haben, den Markt nach Belieben zu beherrschen. Andererseits bewirkt die intensive Tätigkeit auf dem Erdölsektor in den in Frage kommenden Ländern einen wirtschaftlichen Aufschwung. Schon bevor der Nation direkte oder indirekte Einnahmen aus dem Export der entsprechenden Produkte zufließen aber erst recht, wenn dies einmal der Fall ist, vermehrt sich der Wohlstand der Bevölkerung und dieser hat seinerseits eine Steigerung der Nachfrage nach Gütern aller Art zur Folge. Dies dürfte insbesondere für Norwegen zutreffen, wo der "pro Kopf Anteil" am Ertrag, welcher der Nation zufließt, am höchsten sein wird. Nachdem dieses Land nicht zuletzt wegen seiner Einwanderungspolitik nicht in der Lage sein wird, seine Produktionsleistungen auf allen Gebieten zu steigern, wird zweifellos ein erheblicher Mangel an Konsumgütern entstehen. Dies wird für andere Länder eine Exportmöglichkeit schaffen und ihnen so auf Umwegen Gelegenheit bieten, sich an der durch die Oelfunde erzeugten Bereicherung zu beteiligen.

A. Kowfer